

## Geschichte von unten

### 4. Das Volk begehrt... ...Fürstenenteignung

Im Zuge der politischen Restauration hielten monarchistische Kreise 1926 ihre Zeit wieder für gekommen und verlangten für die 1918 verjagten Fürsten Entschädigungen. Reichsweit wurden Forderungen von 2,6 Milliarden Mark geltend gemacht. Im Braunschweiger Landtag kommt es bereits im Dezember 1920 zu einem heftigen Streit über die Höhe der Forderungen des Herzogshauses in Höhe von 250 Millionen Mark. Die sozialistischen Abgeordneten schätzen die Forderung als Machtprobe ein und lehnen ab, die Minderheit der bürgerlichen Parteien fordert eine rechtliche Klärung.

Unter dem Slogan „**Keinen Pfennig den Fürsten. Stimmt alle mit Ja!**“ wurde erst von der KPD, dann auch von der SPD eine Volksabstimmung darüber gefordert.



Braunschweig 1926

Die Fürstenenteignung wurde nicht nur in der Arbeiterklasse befürwortet. Auch Angehörige des Bürgertums folgten dem Anliegen der Arbeiterparteien SPD und KPD. Am 20. Juni 1926 stimmten 14,5 Millionen oder 36,4 Prozent der Wahlberechtigten für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Erforderlich waren jedoch 20 Millionen Stimmen. Damit war der von beiden Arbeiterparteien getragene Volksentscheid gescheitert. Noch unter dem Eindruck dieses einige Jahre beherrschenden Themas überzeugte die KPD 12.954 Wähler\*innen und errang 1927 zwei Sitze bei der Wahl zum 5. Landtag des Freistaates Braunschweig.

### Polizei gegen antifaschistische Demonstranten

Der Wahlkampf im Land Braunschweig war hart. Der Polizeiminister setzte seine Polizei zum Schutz einer Naziversammlung am 2. September 1930 ein. Rücksichtslos ging sie gegen die antifaschistischen Demonstranten vor, verhaftete 14 Personen wegen „Widerstand und Auflauf“, dabei auch den kommunistischen Landtagsabgeordneten Paul Gmeiner. Alle Kraft für das Zustandekommen der Einheitsfront war das Gebot der Stunde. Das Wahlergebnis vom 15. September 1930 im Land Braunschweig unterstrich diese Gefahr. Der bürgerliche Wahlblock brachte es auf 11 Abgeordnete, die Nazi-Partei erhielt 9 Abgeordnete. Sie beschlossen ein gemeinsames Regierungsprogramm.

Der Faschist Dr. Franzen wurde Innenminister, er wurde im Juli 1931 von Dietrich Klagges abgelöst, der die faschistische Politik entschlossener zu vertreten verstand.

### Vorschlag der KPD: Gemeinsam gegen die Faschisten

Die KPD stellte sich die Aufgabe, diese Regierung aus „Deutschnationalen“ und Nazis mit allen Mitteln außerparlamentarisch und parlamentarisch zu bekämpfen. Es zeigte sich bald, daß die Wahl dieser Regierung mit einem Nazi-Innenminister keine braunschweigische Landesangelegenheit war. Der Freistaat sollte zu einer Nazi-Hochburg ausgebaut werden. Es begann mit einer Säuberung der Polizei von allen Demokraten.

Danach wurde für den 21. und 22. Februar 1931 der erste Großversuch der NSDAP gestartet mit Hilfe eines Aufmarsches der SA in die Arbeiterviertel Braunschweigs einzubrechen.

Der Ruf der KPD an die gesamte Arbeiterklasse: „Duldet das nicht, verteidigt Eure Wohnviertel gegen die Nazipest!“ fand ein starkes Echo. Spontan bildete sich die Einheitsfront gegen Faschismus und SA-Terror. Der Kampf gegen den drohenden Faschismus wurde zur Hauptaufgabe der KPD im ganzen Bezirk Niedersachsen.

### **... Landtagsauflösung – Weg mit Franzen!**

#### **KPD setzt Volksentscheid über die Auflösung des Landtags durch**

Bei den Beratungen über die Möglichkeiten, die Regierung zu Fall zu bringen, wurde auch die braunschweigische Verfassung mit einbezogen.



Sie gestattete die Linienleitung eines Volksentscheids über die Auflösung des Landtags, wenn 10 Prozent der Wähler sich in einem Volksbegehren in die auszulegenden Listen eintragen würden. Die Bezirksleitung der KPD versuchte erfolglos, die SPD-Führung zu einem gemeinsamen Vorgehen zu bewegen. Der „Volksfreund“ schrieb ablehnend: „Niemals werden Kommunisten 10 Prozent der Wähler für das Volksbegehren gewinnen können“.

Am 1. März 1931 hatte die KPD bei den Kommunalwahlen in Braunschweig 27.229 Stimmen erhalten. Die große Überraschung aber war, daß sich am 21. Juni 1931 36.079 Wähler, das waren 10,2 Prozent für das Volksbegehren zur Auflösung des Landtags entschieden. Der Volksentscheid wurde für den 15. November 1931 angesetzt. Der Kampf gegen die faschistische Gefahr wurde unter allen Schichten der Bevölkerung verstärkt fortgeführt.

„...Im Zeichen des einen, alles beherrschenden Zieles, die Wiederkehr einer Linksregierung zu verhindern...“, war seit den Landtagswahlen am 14. September 1930 eine Koalitionsregierung Bürgerliche Einheitsliste/NSDAP im Amt. Die Faschisten waren mit Klagges und Franzen in dieser Regierung vertreten. Gestützt auf diese Position begannen sie in Braunschweig ihren Terror gegen die Arbeiterorganisationen zu verstärken.

So versuchten sie bereits am 21. und 22. Februar 1931, in die Arbeiterviertel einzubrechen. Alle diese Versuche der SA und SS, die Bevölkerung hier zu terrorisieren, wurden jedoch durch das entschiedene Handeln der Sozialdemokraten, Kommunisten und parteilosen Arbeiter unterbunden.

#### **Gemeinsamer Kampf gegen den Faschismus**

In dieser Situation fand am 28.2.1931 im „Keglerheim“ die Kundgebung der KPD statt, auf der Ernst Thälmann den Beschluß zur Einleitung eines Volksbegehrens erläuterte und begründete:

*„Die Arbeiterschaft von Braunschweig und die ganze werktätige Bevölkerung hier hat bewiesen, daß sie im Klassenkampf, im Befreiungskampf ihren Mann zu stehen vermag. Und sie wird auch die Kraft aufbringen, dem heutigen Nazispuk, dem Franzen-Regime, ein solches Ende zu bereiten, wie es diese faschistische und volksfeindliche Herrschaft verdient hat.“*

Damit ergriff die KPD im außerparlamentarischen Raum die Initiative zum Sturz der Klagges-Küchenthal-Regierung in Braunschweig. Aus einem Bericht über die Schilderung auf dem Bezirksparteitag der KPD im Dezember 1932:

*„Eine gründliche Untersuchung der bezirklichen Lage, führte zu der Entscheidung: Braunschweig ist das Zentrum, der Ausgangspunkt für die politische Offensive der Partei in Niedersachsen. ...*

Die Partei schritt in Fortführung ihres von der Reichstagswahl besonders im Freistaat Braunschweig aufgenommenen antifaschistischen Kampfes im verstärkten Maße fort.

Die Bezirksleitung beschloss die antifaschistische Bewegung durch die Organisation eines Volkskongresses gegen den Faschismus in Braunschweig in Verbindung mit einem Kampfaufmarsch für den 22. Februar 1931 (...). Die Nazis antworteten darauf mit der Organisation eines Reichsaufmarsches für den gleichen Tag in Braunschweig. Der Naziminister verbot den Kampfaufmarsch der KPD. Die Partei antwortete auf das Verbot mit der Organisation von 5 Aufmärschen im Lande Braunschweig.

Die Bezirksleitung war sich darin einig, daß hier eine erste größere Auseinandersetzung stattfinden würde, die für die weitere Entwicklung von großer Bedeutung war.

Der 22. Februar wurde zu einem entscheidenden Tag in der Entwicklung unserer antifaschistischen Einheitsfront. Es kam zu wuchtigen Gegendemonstrationen der SA-Banden. Der Fackelzug am 21. wurde gesprengt; der Sonntag brachte zahllose blutige Zusammenstöße, die Nazis mussten auf den Durchmarsch durch die Arbeiterstraßen, in denen die kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter die Einheitsfront geschlossen hatten, verzichten.

Diese erste große antifaschistische Einheitsfrontaktion der Partei führte zur Bildung von antifaschistischen Straßenschutzstaffeln.“

Das Zentralkomitee der KPD, Bezirks- und Unterbezirksleitung, trugen der sich verschärfenden Situation Rechnung, indem sie ein Volksbegehren zur Absetzung der Regierung Franzen forderten. Außerdem setzte sich Thälmann mit der verlogenen Politik der Faschisten auseinander und erklärte:

„Die kommunistische Partei hat sich entschlossen, auch hier in Braunschweig gegen die Franzenherrschaft ein Volksbegehren zur Auflösung des Landtages in die Wege zu leiten. (...) Wir sagen offen, daß dieses Volksbegehren nur dann seinen Zweck erfüllen kann, wenn es dazu dient, die Massen zum außerparlamentarischen Kampf gegen die Franzenherrschaft aufzurütteln und zusammenzuschweißen zu einer Aktion, die nicht mit dem Stimmzettel ausgetragen wird, nicht mit der Eintragung beim Volksbegehren oder der Abstimmung beim Volksentscheid, sondern mit den Mitteln des Klassenkampfes, mit Demonstrationen und Streiks und schließlich mit dem politischen Massenstreik als der entscheidenden Kampfmethod unter den gegenwärtigen Bedingungen.“

Das Volksbegehren selbst wurde für den 15. November 1931 festgesetzt. Notwendige Voraussetzung war, daß sich mindestens 10 Prozent der 352 724 Wahlberechtigten in die Listen eintrugen.



Obwohl sich die SPD nicht zur Unterstützung des Volksbegehrens durchringen konnte sprachen sich 36 079 wahlberechtigte Bürger für die Durchführung des Volksbegehrens aus. Nach Lage der Dinge war damit zumindest eine reale Möglichkeit gegeben, um die Auflösung des Landtages und damit den Sturz der Regierung Küchenthal-Klagges zu erzwingen.

Spätestens am Tag des Volksbegehrens am 15. November 1931 zeigten sich die verhängnisvollen Auswirkungen der nicht zustande gekommenen Gemeinsamkeit: Allein auf sich gestellt konnte die KPD zwar 41 289 Wahlberechtigte veranlassen, sich für die Auflösung des Landtages auszusprechen. Das reichte jedoch nicht zum erfolgreichen Abschluss dieser außerparlamentarischen Aktion.

### **Thälmann: Gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind!**

Am 11. Oktober 1931 schlossen sich im Freistaat Braunschweig, und zwar in Bad Harzburg, Nazipartei, Deutschnationale und Stahlhelm in Anwesenheit von Hitler und Hugenberg mit Vertretern der Militärclique, des Junkertums und des Monopolkapitals in der „Harzburger Front“ zusammen unter der Losung: „Wir fordern, daß Macht und Verantwortung in die Hände der nationalen Opposition gelegt werden!“

Für die KPD war das ein erneutes Alarmsignal. Ihren Führungsanspruch wollten die Nazis mit dem „Aufmarsch der Hunderttausend“ am 17. und 18. Oktober 1931 in Braunschweig unterstreichen.

Auf einer Massenkundgebung in Braunschweig deckte Ernst Thälmann unter starken Beifallstürmen den Zusammenschluss der Reaktion unter der Führung der Nazis auf und entlarvte ihr demagogisches, gefährliches Spiel mit den Interessen des Volkes. Er rief die Bevölkerung zum gemeinsamen Widerstand gegen die Gefahr einer faschistischen Diktatur auf und wandte sich eindringlich an die sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit dem Ruf, sich durch keine antikommunistische Hetze und Verleumdungen beirren zu lassen. Jetzt gelte es, trotz aller Meinungsverschiedenheiten geschlossen gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen.

### **„Rote Einheitsfront gegen Mord-Faschismus“**

Die KPD fand mit ihrem Ruf zum gemeinsamen Kampf ein starkes Echo. Ihre Parole

### **„Keine SA betritt Braunschweigs Arbeiterviertel!“**

zündete. Die von der Führung der SPD ausgegebene Empfehlung: „Bleibt zu Haus!“ blieb weitgehend wirkungslos. Unter der Losung „Einheitsfront gegen Mordfaschismus“ wehrten sozialdemokratische Werktätige, Schulter an Schulter mit den revolutionären Arbeitern die Angriffe der faschistischen Terrorbanden ab. Nur unter Polizeideckung konnte die SA durch Braunschweigs Hauptstraßen marschieren, nur hinter hohen Gittern des Schlosses konnte Hitler den Vorbeimarsch seiner SA abnehmen.

Alle Angriffe auf die Arbeiterviertel scheiterten an der Kampfentschlossenheit der Arbeiter. Zwei Tote und 60 Verletzte hatte die antifaschistische Abwehrfront zu beklagen. Die Beisetzung der Ermordeten wurde, trotz des polizeilichen Verbots, zu einer neuen machtvollen Demonstration für die Einheitsfront gegen die braune Pest. Am Tage der Beisetzung der von den Nazis ermordeten Arbeiter traten die acht größten Betriebe Braunschweigs, dem Aufruf der Bezirksleitung der KPD folgend, in den Proteststreik gegen den Naziterror und marschierten geschlossen zur Beerdigung.

Zu den über 30.000 Arbeitern sprach u.a. John Schehr (Bezirksleitung Niedersachsen) der versprach, daß die Kommunisten alles dafür tun werden, daß die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Faschisten einig und geschlossen handeln, daß sie mit den sozialdemokratischen Klassenbrüdern kameradschaftliche Gespräche führen werden, um sie von der Notwendigkeit des Bündnisses mit den Kommunisten zu überzeugen.

Das Versprechen konnte nicht eingelöst werden. Mit der Machtübertragung an die Faschisten wurde der Widerstand in die Illegalität gezwungen.

### **Terror gegen politische Gegner**

Unter dem seit September 1931 amtierenden Innen- und Volksbildungsminister (später Ministerpräsident) Dietrich Klagges und seinen Gefolgsleuten Friedrich Alpers und Friedrich Jeckeln begann hier schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt der faschistische Terror. Eine von Klagges aufgestellte skrupellose „Hilfspolizei“ war ihm dabei bedingungslos ergeben.

Abgeordnete anderer Parteien wurden zum Mandatsverzicht oder zum Übertritt in die NSDAP gezwungen. Die Organisationsstrukturen der KPD und der SPD wurden zerschlagen, die Abgeordneten terrorisiert.

Überfallkommandos der "Hilfspolizei" führen in die umliegenden Ortschaften, in denen die Arbeiterparteien bei den Wahlen am 5. März 1933 noch eine Mehrheit erhalten hatten. Diese Orte wurden "überholt", d.h. politische Gegner wurden festgenommen und schwer misshandelt. In Braunschweig tobte der faschistische Terror in den Arbeitervierteln. Hingewiesen sei hier auf Eichtal / AOK / Rieseberg.

Walter Maaß‘ erinnert sich bei einem Veteranentreffen 1985:

„(...) Der Naziterror herrschte schon vor dem 30. Januar 1933 in Braunschweig, durch die nationale Regierung, den deutschnationalen sogenannten Bürgerblock mit den Nazis und Anfang 33 sind dann verschiedene Genossen, Antifaschisten zu Tode gekommen, ich denke an Hermann Basse, Mathis Theisen, Karl Wolf usw.

Ich war ja noch jung, aber kannte viele, weil ich großgeworden war in Belford, was heute die Hugo-Luther-Str. ist, hinter dem Bahnübergang, kannte ich viele Kommunisten usw. und dann habe ich Verbindung bekommen mit den Kommunisten Anfang 33 und so haben wir uns zusammengetroffen und haben dann illegal gearbeitet. U.a. waren da August Merges, Hermann Schade, das ging gut bis Herbst 34, da ging unsere erste Gruppe, Schade usw. auf und wir wurden dann im März 35 verhaftet, die Gruppe Merges, Faßhauer usw. Dieser Prozeß, der dann im Oktober 35 stattfand, (...) wurde aufgebauscht usw. er sollte ursprünglich vor dem Volksgerichtshof abgewickelt werden und dann zum Reichsrichter gehen, aber da hat Klagges sich den Prozeß hier in Braunschweig vorbehalten, eben darum, weil August Merges und Minna Faßhauer da drin waren. Denn August Merges war nach 1918 der erste Ministerpräsident der damals gebildeten Räterepublik Braunschweig, Minna Faßhauer war die Kultusministerin.(...)“

Dieses Flugblatt wurde noch am 24. Juni 1933 in einer Auflage von etwa 500 Stück von Robert Brinkmann geschrieben und vervielfältigt. Sein Sohn übernahm die Verteilung:

**An die Werktätigen Braunschweigs**  
**Ein neuer Mord durch die SS-Bande**  
Sonnabend, den 24. Juni 1933, wurde der ehemalige Jungreichsbannerträger Otto Rose von der viehischen SS-Hilfspolizei im „Volksfreund“ erschlagen.  
Theisen wurde ermordet; Reinhold stürzte sich nach brutaler Mißhandlung aus dem „Volksfreund“ auf den Hof. Jeder der dort eingeliefert wurde, ist mißhandelt worden.  
**Arbeiter, Angestellte, Mittelständler!**  
Wie langewollt Ihr diesen Terror noch dulden?  
Weil die Nazis Ihre Versprechungen nicht halten können und wollen, deshalb will die Mordbande jede Kritik durch Terror und Mord niederhalten.  
Diese Mordbanden sind eine vom Monopolkapital gedungene und bezahlte Armee zur Niederhaltung der Werktätigen.  
Arbeiter nehmt in Betriebsversammlungen Stellung gegen jeden Terror. Verlangt Entwaffnung und Auflösung dieser Verbrecherbanden. Beschließt Proteststreiks.  
Beteiligt Euch reslos an der Beerdigung des Genossen Rose!

Der Widerstand ging in die Illegalität